

Korruption in Deutschland – sind wir machtlos?

Heidrun Loewer

„Die gekaufte Wissenschaft“, so titelte „DIE ZEIT“ im August (01.08.13) und widmete diesem Thema ein dreiseitiges Dossier. Ein neuer Prototyp von Wissenschaftler sei entstanden, „der sich nicht so sehr als unabhängiger Forscher sieht, sondern eher als pragmatischer Dienstleister seines Auftraggebers.“ Wie intensiv die Wirtschaft bereits in den **Universitäten** Fuß gefasst hat, über einen Teil der „Budgetmacht“ verfügt und damit Einfluss auf die Inhalte nimmt, wird an einer Reihe von Beispielen aufgeführt. So hat der Pharmakonzern Novartis für 70.000 Euro eine Studie in Auftrag gegeben, die helfen soll, sein teures Produkt als kostengünstiger zu erweisen als das der Konkurrenz. Tchibo verkündet auf seiner Webseite: „Studien beweisen: Kaffee ist gesund.“ Dass Tchibo selbst an der Studie beteiligt war, wird nicht erwähnt. „Die Wirtschaftlichkeit der Energiewende ist bereits jetzt akut gefährdet“, so der Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) Ende 2012. Eine Warnung, die weit durch die Presse ging und für Verunsicherung sorgte. Denn nur wenige Tage zuvor hatte der Bundestag in Folge der Fukushima-Katastrophe den Ausstieg aus der Atomkraft bis 2022 beschlossen. Grundlage der Warnung: eine vom BDI in Auftrag gegebene Studie eines Instituts der Uni Köln, das knapp zur Hälfte von E.ON und RWE – den großen Atomstrom-Anbietern – finanziert wird und, laut einem Institutsleiter, „einen marktwirtschaftlichen Ansatz“ vertritt.

So einfach ist also öffentliche Beeinflussung: Mit entsprechender Geldmacht wird das wissenschaftliche Institut ausgesucht, das unter „marktwirtschaftlichem Ansatz“ zu dem Studienergebnis kommt, das sich der Auftraggeber wünscht. Wissenschaftliche Aufklärung oder Wissenschaftsfalle? – das ist hier die Frage.

Korruption ist jedoch nicht nur auf die Wissenschaft beschränkt. Auch **Kliniken** sind offensichtlich nicht frei davon. So führt die „Rheinische Post“ Anfang 2013 einen Bericht des Spitzenverbandes der Krankenkassen zur Korruption im Gesundheitswesen an, nach dem die Krankenkassen fast jede zweite Krankenhausabrechnung als fehlerhaft beanstanden. Selbst der **Apotheken**bereich scheint anfällig zu sein. „Der Spiegel“ berichtet Ende August über einen umfangreichen Handel mit Patienteninformationen durch das süddeutsche Apothekenrechenzentrum VSA, das die Daten ohne ausreichende Anonymisierung an den US-Datenhändler IMS

Health verkauft. Die gleichen Vorwürfe werden von dem NRW-Landesdatenschutzbeauftragten gegen das nordrhein-westfälische Apothekenrechenzentrum erhoben.

Ein weites Feld ist die Korruption von **Ärzten**. Allen voran werden sie von Pharmakonzernen mit Werbegeschenken, Fortbildungen, Medikamentenproben für Patienten, mit Reisen, aufwändigen Festen, Urlaubsangeboten bis hin zu Studienaufträgen umworben. Offensichtlich ein einträgliches Geschäft, das ein breites Heer von 15 bis 16.000 Pharmareferenten in Deutschland rechtfertigt. **„Pharmareferenten beeinflussen das Verordnungsverhalten von Ärzten. Wäre dies nicht so, gäbe es diesen Berufsstand wahrscheinlich gar nicht mehr“**, so das unabhängige arznei-telegramm, Juli 2013. Wie kann es sein, dass schon lange kritisch diskutierte Produkte immer noch die höchsten Umsätze erzielen?, fragt Gerd Glaeske, Arzneimittelexperte und Professor am Zentrum für Sozialpolitik der Universität Bremen. Seine Antwort: Pharmareferenten überzeugen offenbar mehr als kritische Publikationen. Auffällig ist, dass 20 „Blockbuster“-Produkte (Hochumsatz-Produkte), die ebenfalls zu den umsatzstärksten in der Gesetzlichen Krankenversicherung gehören, bereits knapp 15 Prozent des gesamten Umsatzes der Pharmaindustrie in Deutschland ausmachen, obwohl es kostengünstigere Alternativen gibt. **Glaeske zeigt, wie Werbung, Marketing und Korruption nahe beieinander liegen und plädiert für Bestrafung, wo Korruption eindeutig festzustellen ist. Denn „Korruption im Gesundheitssystem nutzt immer nur den Anbietern, bezahlen müssen die Versicherten und Patienten.“** (Dr. med. Mabuse 196, März/April 2012).

Korruption bis in höchste Ämter, das schien früher nur für andere, weit entfernte Länder zu gelten. Inzwischen gehören Berichte und Untersuchungen über Korruption in unserem Land fast schon zum Alltag. Liegt das an der genaueren Berichterstattung oder an einer zunehmenden Korruptionsanfälligkeit der Deutschen? Haben wir als Gesellschaft zu lange weggeschaut oder resigniert statt zu handeln? Was kann gegen die alarmierende Korruption in Deutschland getan werden? Was von politischer und gesetzgeberischer Seite und was vor allem von uns Bürgern, die wir von den Folgen am stärksten und unmittelbarsten betroffen sind?

Wir fragten Dr. Angela Spelsberg von Transparency International Deutschland, die für den Bereich Gesundheitswesen mit zuständig ist.

point: Frau Spelsberg, immer neue Enthüllungen von Korruption haben das Vertrauen in die Aussagen von Verantwortungsträgern schwer erschüttert. Hat die Korruption in Deutschland zugenommen?

Dr. Angela Spelsberg: Das glaube ich nicht. Es hat auch früher schon schwere Korruptionsfälle gegeben, die bekannt waren. Aber heute machen wir uns in der Gesellschaft mehr Gedanken darüber. Das öffentliche Bewusstsein ist sensibilisiert und reagiert sehr schnell auf Verdachtsmomente.

Transparency International hat sich an der Verleihung des Whistleblower-Preises 2013 an Edgar Snowden beteiligt. Welche Gründe haben dafür gesprochen?

Das Whistleblowing ist eines der zentralen Elemente für eine gute Korruptionsprävention. Leider gibt es aber in Deutschland noch keinen Whistleblower-Schutz. Wir wollen daher mit dem Snowden-Preis auch darauf aufmerksam machen, dass ein Arbeitnehmer in Deutschland als Hinweisgeber für Korruption nicht hinreichend geschützt ist. Es gibt hier eine Kollision mit dem Arbeitsrecht, das immer noch von dem Schutz des Arbeitgebers ausgeht und nicht derjenigen Person, die Unrechtmäßiges meldet. Das muss unbedingt geändert werden.

Gibt es einen Whistleblower-Schutz in anderen Ländern?

Ja, in den USA gibt es einen gesetzlich geregelten Whistleblower-Schutz, der aber Lücken hat: für Geheimnisträger wie Snowden oder Militärangehörige wie Manning gilt er, wie wir erkennen müssen, nicht. Weltweit sind Transparenz und Zugang zu Daten und Entscheidungen im öffentlichen Sektor sehr schwierig herzustellen. Hier gibt es noch viel zu tun.

Kann zu viel Transparenz nicht auch gefährlich sein für die Sicherheit und Konkurrenzfähigkeit eines Landes oder eines Unternehmens?

Das sind Abwägungsfragen. Grundsätzlich gilt jedoch: Wenn öffentliches Interesse tangiert ist – wenn zum Beispiel Gesundheit und Unversehrtheit der Bevölkerung auf dem Spiel stehen – müssen Daten offengelegt werden, um Schaden abzuwenden und einen weiteren Missbrauch zu verhindern.

Juni 2013 berichtete SPIEGEL ONLINE, dass unsere Regierung den Kampf gegen Abgeordnetenbestechung blockiert. Wie ist zu erklären, dass Deutschland neben Saudi Arabien und Syrien zu den wenigen Ländern weltweit gehört, die die UN-Konvention gegen Korruption bisher immer noch nicht ratifiziert haben?

Das fragen wir uns auch und zwar bereits seit mehr als zehn Jahren. Leider sind die Parlamentarier ständig von Lobbyisten umlagert und ihrer Beeinflussung ausgesetzt. Unsere



Angela Spelsberg, Transparency International Deutschland

Abgeordneten üben zudem oft Nebentätigkeiten aus, die sie mit Lobbyisten enger verbinden und Interessenkonflikte erzeugen. Das sind schwierige Fragen, für die die Abgeordneten bisher nur solange offen waren, wie ihre Partei in der Opposition saß, sobald diese in der Regierungsverantwortung stand, waren die Fragen vergessen. Das kennzeichnet unsere politische Kultur mit ihren möglichen Abhängigkeiten und persönlichen Interessenkonflikten.

FOCUS hat November 2012 berichtet, dass der Gesundheitspolitiker Jens Spahn (CDU) Teilhaber der Lobbyfirma Politas war, die vor allem Kunden aus dem Pharma- und Medizinsektor beraten hat. Spahns Beteiligung war öffentlich nicht bekannt. Liegt hier Korruption vor?

Es liegt auf jeden Fall die Gefahr von Korruption vor. Nach unserem Korruptionsbegriff handelt es sich dann um Korruption, wenn anvertraute Macht zum eigenen Nutzen missbraucht wird. Und das muss nicht immer mit Geld verbunden sein. Wenn ein Abgeordneter sich für eine bestimmte Interessengruppe engagiert oder dort sogar selber beruflich tätig ist oder finanzielle Zuwendungen erhält, kann das sehr leicht mit seiner Aufgabe als Vertreter des Volkes und damit Hüter des Allgemeinwohls kollidieren. Diese Tätigkeiten müssen daher angegeben werden, damit geprüft werden kann, ob ein Interessenkonflikt vorliegt. Denn solche Interessenkonflikte sind oftmals Einfallstore für Korruption. Gibt es einen konkreten Korruptions-Nachweis, so könnte nach der gegenwärtigen Gesetzeslage der Abgeordnete nicht strafrechtlich verfolgt werden. Das



zeigt, wie überfällig die Strafbewehrung der Abgeordnetenbestechung ist und warum die Korruptionsbekämpfung so oft stecken bleibt.

Frau Spelsberg, Sie sind mit zuständig für den Bereich Gesundheitswesen bei Transparency International D., ein Bereich, in dem Korruption zum Alltag zu gehören scheint. Die immer neuen Korruptionsskandale in den Schlagzeilen zeigen das deutlich, aber auch wenn man erfährt, dass z.B. die Landesärztekammer von Baden-Württemberg auf ihrem Kongress „Medizin 2013“ Buttons an die Ärzte verteilt hat mit der Aufschrift „nicht korrupter Arzt“ oder „nicht korrupte Ärztin“. Hat TI daran etwas ändern können?

Damit setzen wir uns bereits seit vielen Jahren auseinander und sind insofern weiter gekommen, als die Ärzteschaft das früher gelegnete oder nicht erkannte Korruptionsproblem inzwischen anders bewertet. Ein Zeichen dafür sind u.a. diese Buttons, aber vor allem sind es entscheidende Beschlüsse des letzten Ärztetages.

Wo liegen die Ursachen für diese Korruption?

Der Hauptmechanismus für die Korruptionsanfälligkeit liegt in erster Linie in der Intransparenz in unserem Gesundheitswesen: die internen Regelungen und die Geldflüsse lassen kaum Kontrollmöglichkeiten von außen zu, was leicht zum Missbrauch der anvertrauten Macht verleiten kann.

Wie geht Transparency gegen diese Korruptionsgefährdung vor?

Uns liegt nicht daran, einzelne Personen innerhalb des Gesundheitssystems zu diskreditieren, sondern es geht vielmehr darum, anhand konkreter Beispiele die Korruptionsanfälligkeit des Systems darzustellen. So ist uns für die sogenannten „Anwendungsbeobachtungen“, die wir als besonders korruptionsgefährdend ansehen, ein erster wesentlicher Erfolg gelungen: Mit Hilfe des Informationsfreiheitsgesetzes konnten wir die Datenherausgabe für die Anwendungsbeobachtungen der letzten Jahre von der Kassenärztlichen Bundesvereinigung einklagen. Zur Zeit werten wir diese Daten aus und werden die Ergebnisse gemeinsam mit den Ärzten und anderen betroffenen Gruppen im Gesundheitswesen besprechen, um wirksame und sachverhaltsbezogene Strategien gegen Korruption zu finden.

Anwendungsbeobachtungen– Marketing-Instrumente der Pharma?

Anwendungsbeobachtungen (AWB) sind Studien, mit denen niedergelassene Ärzte von Pharma-Firmen gegen Honorar beauftragt werden, Daten über ihre zugelassenen Arzneimittel zu sammeln. Kritiker bemängeln, dass AWB kaum methodisch abgesichert sind und größtenteils nicht veröffentlicht werden. Sie hätten nur einen Zweck: Ärzte dafür zu entlohnen, die Medikamente des Auftraggebers zu verschreiben und nicht die der Konkurrenz. Angela Spelsberg von Transparency: „Für uns sind Anwendungsbeobachtungen eine Form legalisierter Korruption.“

Werden Sie die Ergebnisse Ihrer Untersuchung veröffentlichen?

Ja, wir werden die Ergebnisse auf jeden Fall publizieren und aufzeigen, wie durch Transparenz das Problem entscheidend verbessert werden kann. Allen, die sich an Anwendungsbeobachtungen beteiligen, soll vor Augen geführt werden, was hier alles läuft und dass man sich besser nicht darauf einlässt.

Gibt es ein wichtiges Ziel, das TI möglichst schnell erreichen will?

Was bei uns z. Z. auf der Agenda steht, ist die sogenannte Clinical Trials Regulation auf der EU-Ebene, die vom Europaparlament noch in diesem Jahr verabschiedet werden soll. Es geht um die Pflicht, alle Originaldaten von Medikamentenstudien, die sogenannten clinical study reports, zu veröffentlichen und ein Register dafür einzurichten, was nur auf einer gesetzlichen Grundlage zu erreichen ist. Erst dann kann eine unabhängige Überprüfung der veröffentlichten Studien anhand einer unverfälschten Datenanalyse beginnen, um die Wirksamkeit und die Nebenwirkungen von Medikamenten wissenschaftlich objektiv zu bewerten. Dafür haben wir uns europaweit intensiv eingesetzt.

Woran liegt es, dass die in Auftrag gegebenen Studien nicht selbstverständlich publiziert werden?

Früher fand medizinische Forschung an Universitäten mit staatlichen Mitteln statt. Seit den 80er-Jahren werden Studien in der Medizin, insbesondere Medikamentenstu-

dien, aber auch zunehmend medizinische Grundlagenforschung, eigentlich nur noch von Herstellern finanziert. Das wäre nicht so problematisch, wenn die Forschung offengelegt und die Ergebnisse – auch wenn sie negativ ausfallen! – ehrlich publiziert würden. Wir haben aber leider mittlerweile genügend Beweise für Manipulationen von veröffentlichten Studien zahlreicher Medikamente.

Können Sie dafür ein Beispiel nennen?

Ein besonders gravierendes Beispiel ist „Tamiflu“ der Firma Roche, das im Fall einer Pandemie allen Menschen gegeben werden soll. Roche hat trotz enormen Drucks bisher nur 40 Prozent der Originaldaten herausgegeben. Die Analyse dieser Daten hat aber bereits ergeben, dass die Ergebnisse nicht mit den Publikationen von Roche über die hohe Wirksamkeit zur Verhinderung schwerer Komplikationen und Verringerung der Virusinfektions-Ausbreitung übereinstimmen. Roche weigert sich aber trotz enormen Drucks, die restlichen Originaldaten herauszugeben. Und das macht größte Sorgen hinsichtlich der tatsächlichen Wirkung von Tamiflu.

Die tatsächliche Wirkung von Tamiflu ist nicht bekannt und das macht größte Sorgen!

Kann der Pharmahersteller einfach die Studienherausgabe verweigern?

Ja, die Rechtslage ist im Moment noch so, dass man ihn nicht dazu verpflichten kann. Auf jeden Fall müsste es sich aber für jede Regierung und die Weltgesundheitsorganisation (WHO) verbieten, ein Medikament, dessen Wirksamkeit nicht beurteilt werden kann, einzukaufen und einzulagern – so wie es damals bei der sog. Schweinegrippe geschehen und von der WHO nach wie vor empfohlen ist!

Das hat zu Riesengewinnen für den Pharmahersteller geführt und zur Verschwendung von Riesensummen, die anderweitig für die Sicherung von Gesundheit dringend gebraucht werden, z. B. bei der Bekämpfung des Hungers, der global die vermeidbare Todesursache Nr.1 ist.

Wünschen Sie sich eine stärkere Bürgerbeteiligung zur Unterstützung?

Für diese anstehende wichtige Publikationsregelung in der EU brauchen wir z. Z. dringend öffentlichen Druck auf unsere Regierung, damit sie dem entsprechenden Vorschlag des EU-Parlaments zustimmt. Ich möchte daher alle Bürger aufrufen, unsere „Berliner Erklärung“* zu unterstützen. Ganz allgemein würde ich es sehr begrüßen, wenn die

Im Gespräch: v. li.: Heidrun Loewer und Angela Spelsberg





Menschen in unserem Land sich mehr für Korruptionsbekämpfung im Gesundheitswesen und anderswo einsetzen würden.

Nur eine Bewusstseinsveränderung in der Bevölkerung wird auf der Machtebene etwas ändern können!

Gibt es besondere Aktionen, um die Bürger dafür aufzuwecken?

Ein entscheidender Aufwecker – nicht nur für die Bürger, sondern vor allem auch für die betroffenen Länder – ist die jährliche Veröffentlichung des Korruptionsbarometers, das anzeigt, in welchen Nationen am wenigsten und in welchen Nationen am meisten Korruption nach Meinung der Befragten aus diesen Ländern stattgefunden hat. Dieses Barometer wird von TI jedes Jahr mit großer weltweiter Presse publiziert.

Auf welchem Platz liegt Deutschland auf dem Barometer von 2012?

Bedauerlicherweise erst auf Platz 13, hinter Luxemburg und vor Hongkong und Barbados. Wir finden nicht, dass das ein Platz ist, auf dem man sich ausruhen sollte, schon gar nicht, wenn man unsere skandinavischen Nachbarn Dänemark, Finnland oder Schweden betrachtet, die regelmäßig auf den ersten vier Plätzen des Rankings zu finden sind.

Das sollte in der Öffentlichkeit viel stärker bekannt sein!

Sehen Sie eine Korruptionsgefährdung bei Selbsthilfegruppen und Patientenverbänden?

Ja, durchaus. Wir sind stark engagiert, wo es um Interessenkonflikte durch die Einflussnahme von Geldgebern wie der Pharmaindustrie geht, die häufig in dem Bereich von Selbsthilfeorganisationen und Patientenverbänden gegeben ist. Wir meinen, dass gerade diese Organisationen eine sehr wichtige Aufgabe in der Gesellschaft haben. Es ist einfach tragisch, wenn sie sich selbst einer schleichenden Beeinflussung durch eine zu starke finanzielle Verbindung mit Wirtschaftsunternehmen aussetzen und damit ihre Glaubwürdigkeit untergraben. Denn diese Firmen haben das verständliche Interesse, sich mit ihrem Geld einen Absatzmarkt zu erschließen. Es ist einfach eine Illusion, die von Firmenvertretern gerne suggeriert wird, dass es auf beiden Seiten um die gleichen Interessen geht.

Was können Sie dagegen tun?

Wir setzen uns mit den Organisationen in Verbindung, wo wir eine solche finanzielle Verflechtung wahrnehmen und sprechen diese schleichende Einflussnahme an. Zunächst verklagten uns Selbsthilfegruppen (SHGs), aber nachdem gerichtlich entschieden war, dass es legitim ist, diese Einflussnahme zu kritisieren, sind wir im Dialog. Das hat dazu geführt, dass sich viele Organisationen einen Kodex gegeben haben für eine korruptionsfreie Zusammenarbeit mit Wirtschaftsunternehmen.

Was ist Korruption?

Korruption ist der Missbrauch anvertrauter Macht zum privaten Nutzen oder Vorteil.

Korruption ist ein unsichtbares Phänomen mit zwei Tätern: dem Bestecher und dem Bestochenen. Beide haben Interesse daran, ihr Tun zu verschleiern. Schlüsselbegriff der Korruptionsbekämpfung ist daher Transparenz, die überall dort hergestellt werden muss, wo die gegebenen Strukturen korruptives Verhalten erleichtern.

Wo liegt der Hauptschaden, der durch Korruption entsteht?

Das Allgemeinwohl wird geschädigt durch Korruption. Denn die Zwei, die da zusammen arbeiten, schädigen einen unbeteiligten Dritten – und das ist die gesamte Gesellschaft. Es liegt damit eine Entsolidarisierung vor, durch die Ressourcen falsch kanalisiert werden und das Geld an anderer Stelle fehlt. Not und Ressourcenknappheit sind die Folge.

Quelle: <http://www.transparency.de>

Was sagen Sie zu dem kernigen Ausspruch einer SHG-Leiterin: „Nicht die Pharma benutzt uns, sondern wir benutzen die Pharma“?

Das ist eine vollkommene Verkenning der Tatsachen. Ich möchte die SHGs dringend davor warnen, diese illusionäre Haltung zu übernehmen. Stattdessen sollten sie Wege überlegen, wie man schrittweise unabhängig werden kann, z. B. indem man eine Stiftung gründet, in die uneigennützig Geldgeber spenden können, ohne Einfluss zu nehmen.

Kritiker monieren, dass TI sich zu einem wesentlichen Teil aus Spenden der Großindustrie finanziert. Sehen Sie darin keinen Widerspruch zu Ihrer Unabhängigkeit?

Die Kritik an TI ist ernst zu nehmen und beschäftigt uns auch im deutschen Chapter, das sich als eingetragener gemeinnütziger Verein hauptsächlich über Mitgliedsbeiträge finanziert. Bei TI-Deutschland gibt es etwas über 1000 Einzelmitglieder und 40 kooperative Mitglieder, die nicht nur, aber größtenteils, aus der Wirtschaft kommen. Ihre Mitgliedsbeiträge dürfen aber nicht mehr als € 5 T. p.a. betragen. Auch schränken wir ihre Gesamtzahl ein, so dass keine Schieflage in finanzieller Hinsicht entsteht. Unsere Gründungsidee besagt, dass Koalitionen eventuell mit starken Interessengruppen eingegangen werden können, wenn man das Ziel der Korruptionsbekämpfung ehrlich gemeinsam angehen will. Es muss jedoch immer wieder der Realitätstest gemacht werden und im Fall von Interessenkonflikten sind diese klar zu benennen und zu überwinden.

Wie können unabhängige Verbraucher- und Patientenverbände bei der Korruptionsbekämpfung helfen?

Indem mögliche Interessenkonflikte und Abhängigkeiten regelmäßig thematisiert werden – sowohl im gesellschaftlichen Bereich als auch in dem eigenen Verband. Und indem Probleme offen besprochen werden und nach Lösungen gesucht wird. Gut ist es, sich einen Leitfaden zu geben für den Umgang mit diesen Fallstricken.

Sie wollten zum Schluss noch etwas zur Berliner Erklärung sagen.

Ja, ich möchte Ihre Organisation ermutigen, die Berliner Erklärung mitzutragen und Ihren Mitgliedern und Lesern möchte ich zurufen:

*Schluss mit Verheimlichung von Forschungsdaten! Helfen Sie mit! Unterschreiben Sie die Petition der „Berliner Erklärung“!**

* Informationen und den Link zur Petition finden Sie unter www.gesundheit-aktiv.de/gesundheitspolitik. Diese Petition läuft so lange, bis der Zugang zu den Clinical Study Reports auf der EU-Ebene erreicht ist.

Ethisches Bewusstsein gegen profitorientiertes Kalkül

Transparency International (TI)

TI ist eine internationale Nichtregierungsorganisation (NGO).

Sie wurde 1993 von dem ehemaligen Direktor der Weltbank für Ostafrika, Peter Eigen, und einigen Mitstreitern gegründet mit dem Ziel der weltweiten Korruptionsbekämpfung. TI ist gemeinnützig und bemüht sich, politisch, wirtschaftlich und zivil unabhängig zu bleiben. Die Organisation finanziert sich durch Bußgelder, Mitgliedsbeiträge und Spenden. Ziel ist es, Schwachstellen in Gesetzen, Institutionen und Systemen aufzudecken und Reformen anzustoßen. Sie arbeitet nicht konfrontativ, sondern versucht, Koalitionen zu bilden und die Beteiligten durch Zusammenarbeit zu erreichen und für eine freie Selbstkontrolle zu gewinnen. TI veröffentlicht Reporte und einen internationalen Korruptionsindex. Die NGO gliedert sich in nationale Büros, in Regionalgruppen und Arbeitsgruppen, um so die lokalen zivilgesellschaftlichen Kräfte zu mobilisieren und zu fördern. Der Hauptsitz befindet sich in Berlin.

Materialien von TI

Folgende Materialien können von der Webseite kostenlos heruntergeladen werden:

- Ein Source Book gegen Korruption, das in 25 Sprachen erhältlich ist
- Das ABC der Korruptionsprävention, ein Leitfaden für Unternehmen als Hilfe zur Selbsthilfe
- Die Satzung von TI
- Regionale und überregionale Veranstaltungsinformationen über Workshops, Vorträge und Sonstiges zu nationaler und internationaler Korruptionsbekämpfung.

Quelle: <http://www.transparency.de>